

## **Appell an die Mitglieder des „Ausschuss für Verwaltung und Finanzen“ am 08.12.2015 zur Einbeziehung des UNHCR.**

Sehr geehrte Anwesende.

Die zusätzlichen Personalkosten für 22,7 AK in 2015 und gar 36 AK in 2016 für die Flüchtlingsbetreuung sind eine Investition hier im Landkreis und damit an der völlig falschen Stelle und nur die Spitze eines Eisberges.

Denn nach einer Prognose des Ifo-Instituts von Hans-Werner Sinn werden die bundesweiten Kosten für die Immigranten in 2015 rund 21 Milliarden betragen. Bei angenommen einer Million Immigranten sind das 21.000 EUR pro Immigrant. Übrigens gut 7.000 EUR mehr, als die Landespauschale.

(Die ist in 2015

13.260 EUR)

In der letzten AVF-Sitzung bin ich nun von den Herren Kreisräten Weber und Pfirrmann harsch kritisiert worden unter anderem deshalb, weil ich angeblich Zahlen aufgeführt hätte wo es aber um Menschen ginge.

Nun meine ich jedoch daß gerade ein Finanzausschuß der Ort ist, über die Effektivität von eingesetzten Finanzmitteln nachzudenken. Auch und gerade, wenn's um die Unterstützung von Menschen in Not geht. Denn hier verursacht Verschwendung menschliches Leiden.

Menschen in Not werden nämlich schon seit Jahrzehnten vom diesbezüglich mit großer Expertise ausgestatteten UNHCR betreut. Das UNHCR kommt in seinen Lagern im nahen Osten schon mit rund 350 EUR pro Jahr und Flüchtling aus. Runden wir zur einfacheren Rechnung auf 500 EUR auf. Dann versorgt das UNHCR mit 21.000 EUR 42 Flüchtlinge.

Der Landkreis Rastatt aber mit denselben Mitteln nur einen Einzigen!

Noch dazu einen sehr privilegierten, der imstande ist tausende von Kilometern zu überwinden. Sei es durch seine Physis oder seine Finanzmittel. Die Bedürftigsten bleiben in den Lagern zurück.

Um die kümmert sich der Landkreis Rastatt nicht.

Anläßlich der ineffektiven Personalaufstockung zur Migrantenbetreuung im Landkreis Rastatt zum Schluß wieder ein **Appell**:

Es möge sich jedes Mitglied im Kreistag Rastatt nach seinen Kräften für die Finanzierung von UNHCR geführten heimatnahen Flüchtlingslagern einsetzen. Mit denselben Mitteln wird dann zig-fach mehr Menschen geholfen als hier im Landkreis. Und noch dazu den am meisten Bedürftigen.

Außerdem werden Kollateralschäden in der BRD vermieden in Form von sozialen, ethnischen, religiösen Konflikten, rechtsradikalen Ausschreitungen und importiertem muslimischem Antisemitismus.

Der Einsatz wäre über Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag sowie über die Parteien zu betreiben.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

-----

Der Landrat wies daraufhin, dass der Landkreis von Gesetzes wegen zur Unterbringung verpflichtet sei.